

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluß für dringende Berichte: Dienstag früh **

Schriftleitung und
Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.-Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.-Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Zuzug nach Hamburg ist wegen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes streng fernzuhalten. :-: Zureisende erhalten keine Unterstützung.

Zum beendeten Streik der Hamburger Landschaftsgärtner.

Wie wir bereits in Nr. 22 unserer Zeitung kurz mitteilten, ist der Streik der hiesigen Landschaftsgärtner am 21. Mai abgebrochen worden.

Ein Kampf ist damit vorläufig zuende geführt, der sicher über unsere Hamburger Verhältnisse hinaus der Beachtung aller unserer Kollegen bedarf und aus dem mancher, der lernen will, viel lernen kann.

Neue Formen des gewerkschaftlichen Kampfes, die Interessensolidarität des Unternehmertums in allen Lagern, der vom Unternehmertum rücksichtslos geführte Klassenkampf gegen seine Lohnsklaven, Polizeiwillkür und Schikanen aller Art, die als Unternehmer „Schutztruppe“ zum ersten Male im Gärtnergewerbe auftretenden „Gelben“ und der „organisierte Streikbruch“ dieser Herrschaften, — fürwahr alles Dinge, die das „Hüben und Drüben“, den Klassenkampf in verschärfter Form brachten.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal den Streik und seinen Verlauf.

Am 16. Dezember des vorigen Jahres erhielten wir von Herrn Hentschel im Auftrag des „Vereins d. Landschaftsgärtner von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend“ ein Schreiben, in welchem sich folgender Passus befindet:

„Zwecks Verhandlungen sehen wir Ihren Vorschlägen entgegen, die wir einer wohlwollenden Prüfung unterziehen werden.“

Die „wohlwollende“ Prüfung unserer Vorschläge bestand nun darin, daß die Arbeitgeber überhaupt jede Verhandlung mit uns ablehnten.

Man wollte keinen neuen Tarifvertrag, weil den Scharfmachern jede Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhaßt ist.

Der berüchtigte Scharfmacherverband des Freiherrn von Reiszitz, der „Arbeitgeber-Verband Unterelbe“, dem die Unternehmervereinigung der Landschaftsgärtner angeschlossen ist, wollte den Kampf um jeden Preis.

Im Geschäftsbericht des „Arbeitgeberverbandes Unterelbe“ für das Jahr 1913 konnte dessen Verfasser bereits vorausahnend mitteilen, daß voraussichtlich ein Tarifvertrag für die Hamburger Landschaftsgärtnerei nicht zustande kommen werde.

Wörtlich wird dort gesagt: „Die Landschaftsgärtnerei blieb im Berichtsjahre von Arbeitseinstellungen verschont, doch wurde der zum 15. März 1914 ablaufende Tarifvertrag von den Arbeitnehmern gekündigt. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß es bei der Tarifierneuerung oder, falls die Arbeitgeber ganz auf den Neuabschluß eines Tarifvertrages verzichten, in der Landschaftsgärtnerei im nächsten Jahre (1914) zu ersten Konflikten kommen wird.“

Unter den wichtigsten Vorwänden wurde, gegen den Willen eines erheblichen Teiles der Arbeitgeber, nur weil die Sektion des „Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona“ es so wollte, und unter Führung einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe der Arbeitgeber unter dem ans Ruder gelangten Vorsitzenden, dem Gartenarchitekten Max Meier, ein Kampf heraufbeschworen, der dem Unternehmertum sicher tiefere Wunden geschlagen hat als unseren Kollegen.

Provokation war es seitens der Unternehmer, wenn man am 15. März „gnädig“ den sogenannten „geübten Gehilfen“ 2 Pfg. Lohnzulage versprach, während ein Teil der Unternehmer (darunter der Schriffführer der Arbeitgebervereinigung Labasse) keinen Pfennig Lohnerhöhung gewährte. Labasse erklärte rund und nett: „Ohne Kampf gibt's bei mir nichts.“

Leer ausgehen sollten überhaupt alle „nicht geübten Gehilfen“ und die zahlreichen ungelerten Arbeiter.

Was wunder, wenn durch die Provokationen der Arbeitgeber, die teilweise sogar die gewährten Lohnzulagen nach einigen Tagen zurückzogen, die Erhebung unter den Landschafter-Kollegen zur Siedehitze anschwell.

Der Streik, der später ausbrach, — das sei hier gleich vorweg erklärt —, war kein Werk „bezahlter Hetzer“, wie es sonst so schön im Unternehmerjargon lautet. Im Gegenteil, der Streik ist aus dem starken Willen der Kollegen selbst herausgekommen, und gegen den Willen der Verbands-Angestellten, zu welcher letzteren auch der Schreiber dieser Zeilen gehört.

Die allgemeine Wirtschaftskonjunktur war dieses Frühjahr höchst ungünstig. Der Mangel an Neubauten im vorigen Jahre bewirkte, daß in diesem Frühjahr nur sehr wenig Neuanlagen in Arbeit waren. Dazu ein für das Unternehmertum äußerst günstiger Winter, in dem die allgemeinen Arbeiten sehr gefördert werden konnten. Zu allem Überfluß blieb außerdem die im zeitigen Frühjahr in Hamburg noch einmal einsetzende mehrwöchige Kälteperiode aus, so daß die eigentlichen Frühjahrsarbeiten schon sehr fortgeschritten waren.

Diese Umstände veranlaßten uns, trotz des provokatorischen Verhaltens der Arbeitgeber und eben aus dem Umstande heraus, weil dem Unternehmertum ein Kampf erwünscht schien, für eine Vertagung des Kampfes einzutreten. Leider ohne Erfolg.

Es wäre bei den Kämpfen der Arbeiterschaft allgemein besser, wenn man sich weniger vom Gefühl als von der praktischen Vernunft leiten ließe und nicht Kämpfe führte, wenn es dem Unternehmertum lieb ist. Besser vielleicht auch, wenn man denjenigen, denen man sonst die Geschicke der Organisation anvertraut, gerade in den kritischsten und folgenschwersten Augenblicken mehr ehrliches Vertrauen entgegenbringen würde.

Unsere Landschafterkollegen waren jedoch in ihrer überwiegenden Mehrzahl der Ansicht, der Kampf sei unvermeidlich und wir müßten ihn aufnehmen. Die Zuversicht auf Sieg war zu allgemein. Und gewiß: Wenn nur Begeisterung und Siegeszuversicht, Disziplin und Opferwilligkeit der kämpfenden Kollegen allein den Ausschlag beim wirtschaftlichen Kampf gäben, so müßte der Kampf glänzend gewonnen werden.

Mit 197 gegen 35 Stimmen wurde der Streik beschlossen. Über 5 Wochen haben die Kämpfenden mustergültig ihre Sache gegen ein Heer von Gegnern geführt. In diesen 5 Wochen ist nur ein einziges Mitglied, das die Bezeichnung Mitglied beanspruchen konnte, Streikbrecher geworden. Bis zuletzt, auch als der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft war, standen die Streikenden fest wie eine Mauer. —

Gleich zu Anfang des Kampfes versandte der „Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona“ ein irreführendes Flugblatt an die Kundschaft der Arbeitgeber. Der Wahrheit zuwider wurde hier behauptet, daß der Unternehmerverband den Forderungen der Gehilfen insofern entgegen gekommen sei, als er freiwillig eine Erhöhung der Stundenlöhne von 58 auf 60 Pfg. eintreten ließ. Lehrreich ist auch der weitere Inhalt des Anschreibens, den wir teilweise im Wortlaut folgen lassen:

„Die wirtschaftliche Lage der Landschaftsgärtnerei ist im großen und ganzen im Vergleich zu früheren Jahren eine recht ungünstige. Das Eingehen auf die von der Gewerkschaft gestellten Forderungen hätte eine erhebliche Erschwerung der Existenz zahlreicher Betriebe zur Folge, und es wäre notwendig geworden, von verbandswegen belangreiche Aufschläge auf die bisherigen Lieferungspreise zu legen. Wenn sich die beteiligten Unternehmer demnach gegen das Vorgehen der Belegschaft tatkräftig zur Wehr setzen, so geschieht das zum guten Teil grade im Interesse der Kundschaft. Im Hinblick hierauf richten wir an die Herren Auftraggeber die ergebene Bitte, etwaige Verzögerungen in der Ausführung von Gartenarbeiten gütigst entschuldigen zu wollen.“

Also: Aus Rücksicht auf den Geldbeutel der Millionäre von Hamburg-Altona und Umgegend könnten die Kleinmeister der Landschaftsgärtnerei einige Pfennige Mehr-Lohn nicht zahlen?!

Ja, Ausreden sind billig wie Brombeeren, wenn man sein scharfmacherisches Vorgehen verdecken will und keine Gründe dafür hat.

Wie reimt sich übrigens das „Interesse der Kundschaft“ zusammen mit dem Umstande, daß man sonst, wenn für 10 Mk. Grassamen wirklich verbraucht sind, dennoch 15 Mk. in Rechnung stellt und statt der geleisteten 10 Stunden Arbeitszeit deren 11 und 12 Stunden anschreibt?, und wenn man bei den Pflanzenlieferungen ebenso verfährt? Wird damit auch das „Interesse der Kundschaft“ wahrgenommen?

Wollten wir hier alle uns von Kollegen gemachten Mitteilungen über einzelne Arbeitgeber und das von diesen geübte Interesse für die Kundschaft anführen, so würde sicher ein Heulen und Zähneklappern einsetzen. Vielleicht gibt man uns zu solchen Mitteilungen einmal Gelegenheit! —

Die Arbeitgeber wollten also auf jeden Fall den Kampf, und man hielt es nicht einmal für nötig, auf unser, gleich am Anfang des Streiks, an die Unternehmervereinigung gerichtetes Schreiben (in dem wir noch einmal unsere Bereitwilligkeit zu Verhandlungen und damit zum Frieden anbieten) zu antworten.

Die Arbeitgeber haben es diesmal fertig gebracht, hunderte von Streikbrechern anzuwerben, und das zwar mit Hilfe des sogenannten „nationalen“ Arbeiterssekretariats am Pulverteich; ohne diese Hilfe wäre ihnen solches sicher nicht gelungen. (Da sieht man wieder einmal, welcher Mißbrauch heute mit der Bezeichnung „national“ getrieben wird. Wenn es national sein soll, Arbeitern, die um einige Pfennige mehr Lohn kämpfen, in den Rücken zu fallen und den kulturellen Aufstieg einer Berufsschicht zu hindern, dann allerdings bedanken wir uns dafür, zu den Nationalen gerechnet zu werden, dann ist die gegenteilige Bezeichnung antinational für uns ein Ehrentitel. Mit einer so anrüchlichen „nationalen“ Gesellschaft in einen Topf geworfen zu werden, muß sich jeder ehrliche Arbeiter schämen. Denn es kann wohl kein schimpflicheres Gewerbe geben als berufsmäßig Streikbrecher zu werben und berufsmäßig den Arbeiterverrat zu betreiben.)

Zur Ehre der gelehrten Kollegen darf hier gesagt werden, daß von Gelehrten sich nur sehr wenige als Arbeitswillige hergegeben haben. Haufenweise strömten aber ungelernnte Arbeiter als Arbeitswillige heran. In den fünf Wochen haben wir mehrere Hundert ungelernnte Arbeiter erst aufklären müssen, welche unwürdige Rolle sie spielten. Aber doch waren die Lücken der Arbeitswilligen am kommenden Tage schon wieder geschlossen.

Die allgemein schlechte Wirtschaftslage hat dazu beigetragen, daß viele Arbeiter aus Not Streikbruch begangen haben. Immer und immer wieder kam uns die Antwort von seiten der Arbeitswilligen: „Gebt uns andere Arbeit, dann wollen wir keine Streikbrecher machen. Wir müssen arbeiten, weil wir am Verhungern sind.“

Da das „nationale“ „Arbeiter“sekretariat trotz aller Mühen doch nicht genügend Arbeitswillige schaffen konnte, so holte man die Lumpenproletariat aus den Pennen und Kaffeehäusern der Nollens- und der Thalstraße, sowie aus den Herbergen zur Heimat, auch von der „Heilsarmee“. Es scheint demnach mit zur Aufgabe der Heilsarmee zu gehören, bei Streiks Arbeitswillige zu vermitteln. Denkt daran, Kollegen, wenn man

*) Zur Erklärung: Der „Verein der Landschaftsgärtner von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend, e. V.“ ist dem gemischten, aus örtlichen Berufsvereinen verschiedener Berufe bestehenden „Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona“ angeschlossen; letzterer ist eine Abteilung des größeren Bezirksverbandes „Arbeitgeber-Verband Unterelbe“, der zur „Verbindung Deutscher Arbeitgeberverbände“, der Reichs-Zentralorganisation aller organisierten Unternehmer, gehört.

Die Schriftleitung.

Euch von seiten der Heilsarmeesoldaten den „Kriegsruf“ verkaufen will!

Auch berufsmäßige Streikbrecher sind herbeigeholt worden, die sich mit „Stolz“ des gewerbsmäßigen Streikbruches rühmen.

Mit dieser „Elitetruppe“ von „Arbeitern“ haben die Arbeitgeber ihre Betriebe aufrechterhalten. Zerlumpt, mit Stiefeln, aus denen die Zehen herauschauten, sahen wir diese Leute in den Gärten „arbeiten“.

Hätte unser Arbeitsnachweis vor dem Streik den Arbeitgebern nur „halb so tüchtige“ Leute geschickt, wie man sie während des Streiks hatte, kein Arbeitgeber würde mehr bei uns Arbeitskräfte suchen.

Die Herren Arbeitswilligen durften ganz nach Belieben Zigarren und Zigaretten rauchen. Mit höflichen Verbengungen wurden sie morgens von den Arbeitgebern empfangen und abends entlassen.

Was aber sagt hierzu die Kundschaft der Arbeitgeber, sagen die Gartenbesitzer? Diese Leute verlangen in normalen Zeiten tüchtige Gärtner, die anständig aussehen. Beim Streik aber duldeten sie jeden, der noch so verwildert und heruntergekommen war, in ihren Gärten. Kein Wunder allerdings, sind doch die Arbeitswilligen die Schutzheiligen des Kapitalismus.

Zerstört ist durch den Verlauf des Streiks unsern Kollegen eine Illusion, die dahin geht, daß sie meinen, weil ihre geringen Forderungen so berechtigt seien, deshalb würden die Gartenbesitzer sich auf ihre Seite stellen.

Von seiten der Verbandsleitung ist schon vor dem Streik betont worden, daß das Klasseninteresse die Gartenbesitzer an die Seite der Arbeitgeber treiben werde — und so ist es auch geschehen. Eine Lehre für die Zukunft! Die Mitteilungen der Streikleitung an die Gartenbesitzer, durch welche den letzteren die Ursache des Kampfes und das niedrige Jahreseinkommen der Arbeitnehmer geschildert wurde, wirkten garnicht. Die Gartenbesitzer standen während des Kampfes aus reiner Klassensolidarität auf seiten unserer Arbeitgeber!

Charakteristisch für das Denken dieser Leute ist das Gespräch eines Villenbesitzers mit einem der Arbeitgeber, welches einer unserer Streikposten mit anhörte. „Gewiß“, erklärte der Herr zu dem Arbeitgeber. „die Forderungen der Gehilfen sind sehr bescheiden und könnten bewilligt werden, aber — diese Leute fordern ja — und führen eine Sprache als wenn — sie uns gleichständen. Deshalb dürfen Sie nicht be-willigen.“

O, Sklaven, die ihr wagt, zu fordern! Fußfällig, auf allen Vieren kriechend, müßt ihr bitten! Das merkt euch für die Zukunft.

Am Hochkamper Bahnhof beschimpfte ein Villenbesitzer, der wohl dauernd über Arbeitslosigkeit, die nur hin und wieder durch Kuponabschneiden unterbrochen wird, klagen muß, unsere Streikposten als „Faule Bande!“ Der Mann hat sicher recht; denn streikende Arbeiter sind eine Gefahr für die Arbeit des Kuponabschneiders.

Natürlich durfte beim Kampfe auch die schwarze Liste der Arbeitgeber nicht fehlen. 210 Namen zieren, fein säuberlich nach dem Alphabet geordnet, dieses Kulturdokument. Sehr mangelhaft ist die Liste allerdings aufgestellt. Ganz verkehrte Namen und, o Wonne, sogar einige Arbeitswillige hat man, der Parität halber wohl, im Büro der Bohnenstraße in der Eile auf die schwarze Liste gesetzt.

Wir können hier jedoch gleich feststellen, daß die schwarze Liste ihren Zweck verfehlt hat. Die Kollegen, die während des Streiks andere Arbeit annehmen wollten, bekamen diese, trotz schwarzer Liste.

Während des verflorenen Kampfes hat die Hamburger Polizei dem Unternehmertum redlich beigestanden.

Durch Gesetz ist das „Streikpostenstehen“ wohl erlaubt, aber die Polizei hob es in der Praxis auf.

Die Scharfmacher aller Richtungen fordern seit Jahren ein Verbot des Streikpostenstehens, und da vom jetzigen Reichstag das Verbot nicht zu bekommen ist, wird es auf dem Verwaltungswege polizeilich gehandhabt.

Bei keinem Streik der letzten Jahre in Hamburg ist, nach unseren Erkundigungen, die Polizei in so „schneidiger“ Weise gegen die Streikenden vorgegangen wie in unserem Falle. Das Betreten ganzer Straßenzüge wurde tavellans unsern Kollegen verboten. Streikende, die von Schutzleuten in den Straßen angetroffen wurden, sind verhaftet, verhaftet nach den Wachen geschleppt worden. In aller Herrgottsfrühe, wo noch kein Mensch sich auf der Straße befindet, sind die Streikposten wegen „Störung der Sicherheit und Ordnung“ verhaftet und mit Strafmandaten bedroht worden.

Einzelne wildgewordene Unternehmer durften nur einen streikenden Gärtner vor ihrem Platz erblicken, flugs kam das Telephon in Bewegung, und wutschraubend verlangte der Unternehmer von herbei geeilten Polizisten die Verhaftung des Streikenden, — die in der Regel prompt erfolgte. In welcher Weise

Verhaftungen und darauffolgende Strafmandate in Hamburg fällig sind, wenn es sich um Streikende handelt, dafür einige Beispiele: Zwei Kollegen, B. und S., wurden aus der Dorotheenstraße von einem Schutzmann verwiesen. In der Körner-Straße wartete Kollege B. auf S. Der Schutzmann sieht ihn auf seinem Weitergang dort stehen und verhaftet ihn. Er sollte bis Montag in Haft bleiben, wogegen er protestierte. Er wurde nur mit dem Versprechen entlassen, während der Dauer des Streiks die Körner- oder Dorotheenstraße nicht wieder zu betreten!

Jetzt hat der Kollege B. das fällige Strafmandat von 10 Mk. wegen „Störung der Sicherheit, Ordnung und Ruhe“ erhalten.

Ein anderes Beispiel: Der Schreiber dieser Zeilen spazierte morgens gegen 6 1/2 Uhr mit den Kollegen K. und R. in der Henriettensstraße auf und ab. Flugs forderte ein Schutzmann, der in uns Streikende vermutete, zum Weitergehen auf. Warum wir das sollten, wußte der Schutzmann nicht anzugeben, da Menschen fast nicht zu sehen waren. Zufällig kommt ein Arbeitswilliger des Weges, den K. auf den Streik aufmerksam machte. Dies sieht der Schutzmann und flugs forderte er den Arbeitswilligen zweimal dringend auf zu erklären, er, der Arbeitswillige, sei doch soeben durch K. belästigt worden. K. wird verhaftet und soll zur Wache. Der Kollege R. und ich sehen uns den Vorfall an, und flugs werden wir dann, damit K. wohl Gesellschaft hat, — mitverhaftet und zur Wache gebracht. Also: Weil wir nun nicht sofort beim Nahen der Pickelhaube Reißaus nahmen, haben wir alle drei die „Sicherheit und Ruhe“ des Hamburger Staates gestört und sollen jeder 10 Mk. dafür blechen.

Wer das Vorgehen der Polizei nicht selbst miterlebt hat, würde es nicht für möglich halten, da wir doch — angeblich — in einem „Rechtsstaat“ und sogar in einer „freien“ Republik wohnen sollen.

„Der Bien muß“, das verriet uns ein philosophischer Oberwachmeister, der uns erklärte: „Verhaften wir die Streikposten nicht, so schlagen die Arbeitgeber Lärm.“

Eine edle Schutzmannsseele riet einem Streikposten, der sich über das Wegweisen beschwerte, — er möge sich ins Bett legen und lieber — krepieren.

Wer den heutigen Klassenstaat in seiner schönsten Blüte kennen will, wer die „Unparteilichkeit“ der Polizei bewundern möchte, der muß einen Streik mitmachen. Die vollendetsten Rechtsgarantien, die Gesetze, sind null und nichtig, wenn „Seine Majestät der Schutzmann“ herrscht.

Wohl dürfen wir Arbeiter zur Erhaltung der Polizei Steuern zahlen, aber wehe uns, wenn wir durch Arbeitsverweigerung den Profit des Unternehmers schmälern, da ist der friedlich Streikende vogelfrei, jeder Schikane der Polizei ausgesetzt.

Die herrschenden Gewalten zerbrechen sich den Kopf über das Wachstum der Sozialdemokratie; ja, wer bei einem Streik die „Gerechtigkeit und Unparteilichkeit“ der Behörden am eigenen Leibe spürt, der erhält einen Anschauungsunterricht, wie solchen zehn „Hetzer“ ihm durch Reden nicht beibringen können.

Wohl nie ist ein Streik so ruhig und friedlich verlaufen wie der diesjährige Hamburger Landschaffterstreik, — und trotzdem diese Polizeimaßnahmen!

Wohl schwindelte der „Hamburger Korrespondent“ am 8. Mai in seiner Abendausgabe: „In den Vororten, besonders den Elbdörfern, sind arbeitswillige Gärtner von streikenden Kollegen häufig belästigt und mißhandelt worden.“ Aber das war gelogen wie gedruckt; denn kein einziger Arbeitswilliger ist hier mißhandelt worden.

Wo zufällig einmal eine Karre ihr Rad verlor, da hat die gutgesinnte bürgerliche Presse diesen Unfall den Streikenden in die Schuhe gelogen. Heraus deshalb aus Euren Wohnungen mit dieser Presse, Kollegen, die Euch beschimpft und scharf gegen Euch macht!

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vom 31. Mai d. J. wird vom „bekanntesten Terrorismus den Arbeitswilligen gegenüber“ beim Landschaffterstreik ge-schrieben. Wo sitzen die Terroristen, Herr Gartenarchitekt Meier? Ist es kein Terrorismus,

wenn ein bekannter Arbeitgeber in den Elbdörfern während des Streiks versuchte, Leute brotlos zu machen, die nicht für ihn Streikbrecher spielen wollten? Ist es kein Terrorismus, wenn nach Beendigung des Kampfes derselbe Arbeitgeber mit allen Mitteln versucht, einen anderen Arbeitgeber zu veranlassen, einen früher bei ihm beschäftigten Gehilfen zu entlassen? Ist es kein Terrorismus, wenn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Arbeitgeber, die unsere Forderungen bewilligten, eingewirkt wurde, die Bewilligung wieder rückgängig zu machen?

Ist es kein Terrorismus, wenn in einer Arbeitgebersammlung der Landschafftgärtner H., weil er seinen Gehilfen nicht entlassen wollte, mit „Streikbrecher“ titulierte wurde?

Ist es kein Terrorismus, wenn man Arbeitgebern, die bewilligen wollten, drohte, sie bei ihrer Kundschaft als sozialdemokratisch zu denunzieren?

Wer im Glashaus sitzt, soll also nicht mit Steinen werfen! —

Wir wollen an dieser Stelle noch einiger Arbeitgeber gedenken, die früher einmal in unseren Reihen gestanden haben und die uns nun gleich scharf, wie die anderen bekämpften. Herr Landschafftgärtner Köhn, vor Jahren ein eifriges Mitglied der „Deutschen Gärtnervereinigung“ (der Schreiber dieser Zeilen dankt ihm die erste gewerkschaftliche Aufklärung und seine Aufnahme in die moderne Gärtnerbewegung) ist aus kleinen Anfängen heraus heute ein wohlhabender Mann geworden, durch die Arbeit der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder und durch die größte Unterstützung von seiten unseres Arbeitsnachweises. Jetzt forderten nun seine alten Leute ein paar Pfennige Lohn mehr, — und dies „Verbrechen“ kann nun der frühere und eifrige Gewerkschafter nicht wieder vergessen. Er ist jetzt Kapitalist geworden!

Unser ehemaliges Mitglied, der jetzige Landschafftgärtner Schäfer, verlangte 1907 schon, als er noch bei uns Mitglied war, wir müßten 70 Pfennige Stundenlohn fordern und — wir müßten die Arbeitgeber auf Granit beißen lassen. Während des diesjährigen Streiks nun war er einer unserer gehässigsten Gegner, der in den Arbeitgebersammlungen das große Wort mit führte!

So ändern sich Leute, die früher vielleicht ohne Überzeugung bei uns waren, nur darum bei uns waren, um eine Rolle zu spielen; — oder die die Angst wegen des Profits zum scharfen Gegner machte?

Der Landschaffterstreik hat uns nicht den Erfolg gebracht, den er bringen sollte. Ein Teil Kollegen ist als Opfer der Unternehmerrache auf der Strecke geblieben.

Können die Unternehmer aber trotzdem über ihren Sieg triumphieren?

Bei ruhiger, kühler Überlegung muß jeder, nicht vom Scharfmachergeist allein geleitete Arbeitgeber zu der Einsicht gelangen, daß der Schaden, den der einzelne Arbeitgeber erlitten hat, ausgereicht hätte, um auf einige Jahre die von uns gewünschte Lohn-erhöhung zu zahlen.

Den Arbeitswilligen, meist minderwertigen Kräften, hat man die geforderten Löhne gezahlt und noch darüber hinaus. — und zwar für Arbeiten, die nach Beendigung des Streiks ob ihrer Minderwertigkeit zum großen Teil noch einmal gemacht werden müssen.

Unter den alten Leuten haben die Scharfmacher Haß und Erbitterung groß gezogen, — das wird unserer Organisation gewiß nicht zum Schaden gereichen.

Die Ungunst der Verhältnisse, eine schlechte Wirtschaftskonjunktur, die Übermacht der Polizei, — das waren die Faktoren, denen wir nicht gewachsen waren.

Der alte Kampfesmut der Landschaffter, der sich in den fünf Wochen so prachtwoll bewährt hat, ist nicht gebrochen, den zwingt man nicht, auch nicht durch die Hungerpeitsche.

Nicht alle Scharfmacherwünsche reifen, — es kommen auch wieder andere Zeiten.

Ihr hemmt uns — doch ihr zwingt uns nicht! —
Klus, Hamburg.

○○○○○○○○ Rote Rosen. ○○○○○○○○

Auf dem Hof der hohen Mietkaserne
Liegt ein Gärtchen dicht am Mauerrande
Bunte Kressen, rote Nelkensterne
Blühen dort auf dunkelbraunem Sande.

Wenn des Sommerwindes weiches Kosen
Ihn umspielt in leisem Flüsterreigen.
Dann erglühn seine roten Rosen
Leuchtend in den grünbelaubten Zweigen.

Blut'ge Rosen auf den fahlen Lippen,
Haben sie ihn still davongetragen,
Junges Leben, — an des Todes Klippen
Viel zu früh geborsten und zerschlagen!

Und empor aus dieser duft'gen Fülle
Reckt ein Rosenstrauch sich in die Lüfte;
Seiner Krone grüne Blätterhülle
Wiegt sich in dem Hauche würz'ger Düfte.

Auf dem Plätzchen, wo die Blumen stehen,
Schlug einst eines Jünglings Todesstunde,
Von der Arbeit auf des Daches Höhen
Riß ein Fehltritt jählings ihn zu Grunde.

Und dort, wo sein Leben ging zuende,
Wo der Tod sich schweigend zu ihm kehrte
Pflanzten grobe, harte Männerhände
Jenes Rosenstöcklein in die Erde.

Und des Hauses Mädchen und die Buben
Schufen still die kleinen Blumenreihen,
Was erblüht in ihren dumpfen Stuben,
Wollten sie dem toten Bruder weihen.

Und im Sommer, wenn in sanftem Reigen
Linde Lüfte weh'n mit weichem Kosen,
Grüßen aus den grünen Blätterzweigen
Nelkenglut und leuchtend rote Rosen.

Gustav Weber.

(Aus: Der wahre Jakob.)

Anstiftung zum Tarifbruch vonseiten der Hauptverwaltung des V. d. H. D.!

Herr Otto Bernstiel, seines Zeichens Gärtnereiunternehmer in Bornstedt bei Potsdam und Mitglied im Vorstände des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, hatte in seinem auf der vorjährigen Gartenbauwoche in Breslau gehaltenen, von Sachkenntnis wenig getrübbten, aber mit vieler Gehässigkeit gegen die gewerkschaftliche Organisation gesättigten Vortrage über die Frage tarifgemeinschaftlicher Vereinbarungen, unter anderem die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt, der A. D. G. V. habe sich im Jahre 1912 in Bremen eines Tarifbruches schuldig gemacht. Als wir den Mann nun darauf festnagelten und den Wahrheitsbeweis forderten, gab er klein bei und erklärte, er habe mit seiner diesbezüglichen Anschuldigung nicht den A. D. G. V., sondern einen — nichtgärtnerischen Verband gemeint. Wir konnten andererseits aber mit dem Hinweis auf einen im Gärtnereibeiruf wirklich schon einmal vorgekommenen Tarifbruch aufwarten. Dieser Tarifbruch steht aber dem Unternehmertum zu Buch: 1903 in der Berliner Landschaftsgärtnerei.

Neuerdings hat sich nun die Hauptverwaltung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands angeschickt, eine Gruppe des V. d. H. D. zum Tarifbruch anzustiften, ja noch mehr: den Tarifbruch von dieser Gruppe durch Zwangsmaßnahmen herbeizuführen!

Wie unsern Lesern bekannt, hat unsere Düsseldorfer Ortsverwaltung in Gemeinschaft mit der Düsseldorfer Ortsverwaltung des D. G. V., im März d. Js. einen vom 1. April 1914 bis 31. März 1917 lautenden Tarifvertrag mit der Gruppe Düsseldorf des V. d. H. G. abgeschlossen, ein Vorgang zu dem ein Jahr zuvor Köln a. Rh. schon das Beispiel gegeben hatte. Der Vertrag war von der Vollsitzung der Gruppe schon genehmigt und sollte nur noch unterzeichnet werden. In diesem Augenblick schon mischte sich die Verbandsleitung in die Sache hinein und machte dem Obmann der Gruppe Düsseldorf Schwierigkeiten. Der Obmann legte infolgedessen sein Amt nieder, und an seine Stelle unterzeichnete nun dessen Stellvertreter, und eine neue Vollsitzung der Gruppe bestätigte abermals den Vertragsabschluß als vollzogen. Die Durchführung der Bestimmungen des Vertrages sind dann auch in der Praxis keinem nennenswerten Widerstande begegnet. Die Gruppenmitglieder bemühen sich, das sei anerkannt, redlich, vertragstreu zu bleiben. Aber — sie haben es dadurch mit der Berliner Hauptleitung ihres Verbandes verdorben, die noch immer darauf hinarbeitet, den Vertrag wieder zunichte zu machen und die Düsseldorfer Gruppe zum Vertragsbruch umzustimmen. Im Hauptvorstandssitzungsbericht vom 30. April kann man folgendes lesen:

„Die Gruppe Düsseldorf hat entgegen dem Beschluß des Ausschusses einen Tarif mit den Arbeitnehmern im Namen der Gruppe abgeschlossen. Der Vorstand hat der Gruppenleitung mitgeteilt, daß er den Tarif für die übrigen Mitglieder nicht als bindend anerkennen könne, zumal, da der Beschluß auf Abschluß des Tarifs nur von 18 bei rund 100 Mitgliedern der Gruppe gefaßt worden ist. Weitere Maßnahmen behält sich der Vorstand vor.“

Wie schon bemerkt, haben sich alle Gruppenmitglieder den Vertragsbestimmungen willig untergeordnet, der beste Beweis dafür, daß sie damit einverstanden sind. Und dieses durch Vertrag erreichte, friedliche Verhältnis möchte die Berliner Verbandsleitung auf jeden Fall stören. Dabei behauptet man aber immer kühn, die Friedensstörer im Arbeitsverhältnis wären die „Hetzer“ vom A. D. G. V.!

Daß noch heute von Berlin aus mit Zähigkeit gearbeitet wird, die Düsseldorfer Gruppe zum Tarifbruch zu bestimmen, geht wohl daraus hervor, daß der seinerzeit freigewordene Obmanns-posten immer noch nicht wieder besetzt ist. Es scheint demnach, daß die Hauptleitung des V. d. H. D. nur einen Obmann bestätigen will, der bereit ist, sich als Werkzeug für einen Tarifbruch mißbrauchen zu lassen.

Wir glauben ja nicht, daß die Düsseldorfer organisierten Unternehmer den Verführungskünsten und Drohungen unterliegen

werden, — dazu halten wir sie für zu charaktervoll. Aber der ganze Vorgang ist doch immerhin bezeichnend, und er zeigt aufs deutlichste, wo die wirklichen Friedensstörer und jene sitzen, die vor Tarifbrüchen nicht zurückscheuen.

Unsere Kollegen seien eindringlich gewarnt! Mehr Macht durch mehr Mitglieder! Und der Großmächtskitzel wird auch den Berliner Kulissenschiebern und Reaktionären vergehen.

Hartmannsdorfer Gärtnereiunternehmer als Kulturträger.

Unsere Leser erinnern sich vielleicht noch der Vorgänge, die sich im vorigen Jahre in Hartmannsdorf bei Leipzig abgespielt haben. Unsere Leipziger Ortsverwaltung hatte dort eine neue Zahlstelle errichtet, der fast alle dort beschäftigten Gehilfen beigetreten waren. Sofort machten die Unternehmer dagegen Front. Wer sich nicht durch gutes Zureden oder durch Drohungen abspenstig machen ließ, der wurde hinausgeworfen, und unsere Zahlstelle flog somit wieder auf. Den sogenannten „Meistertreuen“ wurde eine hübsche Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Wieweit derartige Versprechungen erfüllt worden sind, zeigte ein späteres Stellenangebot der Firma Ernst Theile, vom 22. Oktober, in dem ein Monatslohn von ganzen 30 Mk. nebst Mittagstisch, zweimal Kaffee und Wohnung geboten wurde. Bis dahin hatte die Firma wenigstens noch 45 bis 55 Mk. gegeben. Da unter solchen Umständen der Drang nach gewerkschaftlicher Organisation natürlich immer wieder die Kollegen erfaßt, sind die intelligenten und humanen Hartmannsdorfer Unternehmer nun auf ein Mittel verfallen, das jedenfalls besser und nachhaltiger wirken wird. Wir lesen darüber in dem Scharfmacherblatt „Der Handelsgärtner“, vom 12. Juni d. J.:

„Das Freibier als probates Mittel wider die aufhetzerischen Gewerkschaftsversammlungen. Auf ein probates Mittel sind die Gärtnereibesitzer in Hartmannsdorf bei Leipzig gekommen. Sie verzapfen als Gegengift gegen die gewerkschaftliche Aufhetzung — Freibier. Sowie sie in Erfahrung bringen, daß die Gewerkschaftsangehörigen die Arbeiter zu einer Besprechung einladen, besprechen sie sich darüber mit ihren Angestellten, und diese Auseinandersetzung endet dann regelmäßig mit der Einladung zu einer Kneiperei, die zu derselben Zeit stattfinden soll, wie die Versammlung der Gärtnergehilfen.“

Man beachte, daß dies ein Unternehmerblatt berichtet! Man muß zugeben, daß die Hartmannsdorfer Unternehmer nunmehr den Kampf gegen den bösen A. D. G. V. in der Tat mit „geistigen“ Waffen aufgenommen haben. Hiergegen vermag die Gewerkschaft nicht mehr aufzukommen, sie kapituliert vor dem Feinde.

Die Hartmannsdorfer Unternehmer setzen sich damit ein Denkmal in der Geisteskulturgeschichte der Gärtner.

Darf man hoffen, daß diese Kampfmethode Nachahmer findet? Der „Handelsgärtner“ scheint das zu wünschen; denn die Form, in der er berichtet, läuft auf eine Empfehlung dieses zweifellos wirksamen Kulturmittels hinaus. Gift vertreibt Gift. Der Geist des Alkohols tötet auf die Dauer den Geist, der sonst im Menschenhirn wohnt. Vorerst lähmt er und macht er unfähig zu klarem Denken. Und das genügt einstweilen schon.

Früher hieß es, erhöhte Löhne würden nur dazu führen, daß die Gehilfen ihre Märker ins Wirtshaus tragen, und man spielte sich auf als Schützer vor dem Alkoholteufel. Noch vor zwei Jahren meinte ein Gauvorsitzender des blaugelben Privatgärtnerverbandes, ein Herr Martin Mann in Reichenbach i. Schl., das Kurzhalten der Gehilfen in der Entlohnung und Langhalten in der Arbeitszeit mit einem Hinweis auf die Gefahr des Geldverwuchers in Wirtshäusern begründen zu sollen. Die Zeiten ändern sich aber. Unsern Hartmannsdorfer Unternehmern gebührt das Verdienst, die ersten gewesen zu sein, die kühn und unerschrocken an eine zeitgemäße „Umwertung der Werte“ herangetreten sind. Das Denkmal ihrer Geisteskultur soll darum auch olympische Worte zieren:

„Ihr gleicht dem Geist, den Ihr begreift.“

Arbeit für unsere Unternehmerverbände.

Die Gruppe Berlin des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, wie auch der Arbeitgeberschutzverband für Groß-Berlin wollen bekanntlich zur Hebung des Berufes tätig sein. Die Gruppe Berlin hat dies mit mehr oder weniger Erfolg schon getan, während der Arbeitgeberschutzverband bisher nur durch seine Inserate für seinen Arbeitsnachweis Kenntnis von seiner Existenz gibt. Böse Zungen behaupten, daß die weitere Tätigkeit des Arbeitgeberschutzverbandes nur darin bestehe, von Zeit zu Zeit seinen Mitgliedern einen Ausweis über die Unkosten dieser überflüssigen Organisation zu geben.

Und doch — welche segensreiche Tätigkeit für den Beruf könnte durch die Arbeitgeberverbände entfaltet werden.

Die selbständigen Landschaftsgärtner sind jetzt bekanntlich auch der Gruppe Berlin des Handelsgärtnerverbandes angeschlossen. Wir hatten erwartet, daß dadurch bei den Unternehmern ein größeres Interesse für allgemeine Berufsfragen geweckt werden würde.

Wie notwendig beispielsweise der Kampf gegen die Schleuderer in unserm Beruf ist, zeigt folgendes Inserat aus dem „Zehlendorfer Anzeiger“, vom 7. Mai 1914:

Sämtliche Gartenarbeiten

Stundenlohn 0,40 Mk., sowie Neuanlagen übernimmt sofort

**F. Richter, Landschaftsgärtner,
Steglitz, Schildhornstr. 8.**

Wir haben im vorigen Jahre, in Nr. 35 unserer Zeitung, eine ganze Reihe Hinweise gegeben, wie die Lage der Berliner Landschaftsgärtnerei gehoben werden könnte. Diese Hinweise waren besonders an die Adresse der Unternehmerorganisation in der Landschaftsgärtnerei gerichtet. Leider haben sie keine besondere Beachtung gefunden. Nur zwei größere Firmen gaben uns schriftlich ihr Einverständnis mit unsern Anregungen kund.

Um jede Form von Gehässigkeit bei unserm Kampf gegen die schlechten Gehilfenwohnungen zu vermeiden, machten wir vor einiger Zeit der Gruppe Berlin des Handelsgärtnerverbandes den Vorschlag, mit uns gemeinsam auf Abschaffung der schlimmsten Mißstände hinzuwirken. Wir erklärten uns bereit, vor jeder Veröffentlichung einer schlechten Wohnung der Gruppe Mitteilung zu machen, die dann ihrerseits auf ihre Mitglieder einwirken sollte. Erst wenn diese Einwirkung erfolglos bleiben sollte, wollten wir zur Veröffentlichung schreiten. Die Gruppe hat bisher auf unsern Vorschlag noch gar nicht geantwortet!

Wie notwendig eine bessere Elementarbildung unserer Arbeitgeber ist, zeigt folgende Zeugnisabschrift:

„Zeugnis.

K. P. Gärtnergehilfe hat in der Handelsgärtnerei von W. B. in Weißensee gearbeitet von 8 April 14 bis d 23 Mai 1914. Der selbe hat sich während dieser Zeit zu meiner Zufriedenheit geführt. Derselbe ist stets bescheiden und Bevohrkoment gewesen und hat die Gröste Ruhe bewahrt und kann den selben ein Jeden Herrn Kollegen empfehlen.

Berlin-Weißensee
den 25 5 1914

W. B.
Kunst u. Handelsgärtnerei
Weißensee
Parkstr. 98“

Wenn Herr W. B. im Zeugnis schreibt: Der Gehilfe habe „die größte Ruhe bewahrt“, so mag das komisch anmuten. Wer aber die Verhältnisse in diesem Betriebe kennt, wird das verstehen. Herr B. hat nämlich selten Geld, und wenn man gearbeitet hat und dann kein Geld bekommt, trotzdem aber „die größte Ruhe bewahrt“, dann muß dies auch in aller Form anerkannt und im Zeugnis mit angeführt werden.

Aus diesem Einzelfall mangelnder Elementarbildung soll nun den Arbeitgeberorganisationen kein besonderer Vorwurf gemacht werden. Einen anderen Vorwurf müssen wir aber erheben. Die Arbeitgeberorganisationen müßten mehr für Verbreitung von Rechtskenntnissen unter ihren Mitgliedern sorgen. Es ist erstaunlich, wieviel Unkenntnis über das Rechtsverhältnis des Arbeitsvertrages, über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Unsere Mitglieder sind in der Mehrzahl doch wenigstens so geschult, daß sie in strittigen Rechtsfragen in unserm Büro erst Auskunft einholen. Eine große Anzahl von Arbeitgebern dagegen handelt, trotz völliger Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, einfach drauflos. „Immer feste druff“ ist ihre Parole.

Warum erkundigen sich die Arbeitgeber nicht erst vorher bei ihrer Organisation? Sind die Rechtsanwälte und Syndici der Arbeitgeberorganisationen nur zum Luxus da? Warum werden über derartige Fragen in den Arbeitgeberorganisationen nicht Vorträge gehalten? Viel Ärger, Zeit und Geld könnten dabei gespart werden.

An den wenigen Beispielen wollten wir nur zeigen, welche Tätigkeit die Arbeitgeberorganisationen nutzbringend anwenden sollten, soweit es sich dabei auch um Arbeitnehmerfragen handelt.

Walter Kwasnik, Berlin.

Der Schriftführer.

Im Monat Juli finden in unsern örtlichen Verwaltungen die alljährlichen Vorstandswahlen statt, und die Mitgliedschaft erwartet, daß die Gewählten nicht nur ihre „Schuldigkeit“ tun, sondern daß sie mit Lust und Liebe für die Ausbreitung und Kräftigung der Organisation arbeiten. Nach außen hin wird diese Arbeit bemerkbar durch die Berichte des Schriftführers im Verbandsorgan und auch in der örtlichen Arbeiterpresse. Für diese Schriftführer wird von Interesse sein, was Wilhelm Riepeckohl über ihre Tätigkeit sagt in seinem Schriftchen: „Der gute Schriftführer und

Berichterstatte“, Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Preis 60 Pf.

Es heißt da: Der Schriftführer ist, wenn er sein Amt recht versteht, durchaus nicht das fünfte Rad am Wagen des Vereinsvorstandes. Ganz abgesehen davon, daß sein Rat in der Verwaltung etwas gelten kann, hat er auch den Vorsitzenden in seinen Arbeiten zu unterstützen. In den Versammlungen führt er neben dem Protokoll die Rednerliste, nimmt die eingereichten Anträge entgegen und unterstützt den Vorsitzenden in der Leitung. Wenn der Vorsitzende es nicht besorgt oder besorgen kann, hält er die schriftliche Verbindung mit dem Hauptvorstand aufrecht. Sehr nützlich kann er sich dadurch machen, daß er seine Verbandszeitung genau liest und die Bekanntmachungen seines Vorstandes registriert, damit er in Vorstandssitzungen und Versammlungen mit Sachkenntnis eingreifen kann.

In der Agitation für seine Organisation und bei ihrer Vorbereitung kann der Schriftführer gute Dienste leisten durch Abfassung zweckdienlicher Handzettel oder Flugblätter für die Unorganisierten. Solche Flugblätter, die bestimmte örtliche oder Betriebsverhältnisse beleuchten, müssen in schlichter, eindringlicher Weise geschrieben sein. Keine Übertreibungen, keine Phrasen, aber in der Regel auch keine Anwendung von Worten, die dem geschulten Gewerkschafter und Zeitungsleser sonst geläufig sind. Leute, die den Gewerkschaften noch fernstehen, werden Ausdrücke, wie „Unerbittlicher Klassenkampf“, oder „dem Kapitalismus Krieg bis aufs Messer“ kaum verstehen. Mit den einfachsten Worten und Gründen, die dem täglichen Leben der Berufskollegen entnommen sind, kommt man hier am weitesten. Daß man die, die man gewinnen will, nicht verletzen darf durch hochfahrende, von oben herab gegebene Ratschläge und Bemerkungen, ist selbstverständlich.

Diplomatie und Takt sind besonders nötig bei Streiks und Lohnbewegungen. Schweben die Unterhandlungen mit den Unternehmern noch, so wird der Schriftführer nur in besonderen, mit dem gesamten Vorstand zu beurteilenden Fällen in die Öffentlichkeit der Presse treten. Ist der Kampf ausgebrochen, so ist ebenfalls jede Notiz und jeder Artikel im Vorstand zu prüfen, ehe sie hinausgehen. In der Redaktion der Verbandszeitung wird man unzweckmäßiges ausscheiden. Die Redakteure der Parteizeitungen werden das seltener können, weil sie die besonderen Verhältnisse in jedem Beruf oder in den Betrieben nicht kennen. Der Schriftführer darf also nie auf eigne Faust handeln. Besitzt er aber das unbeschränkte Vertrauen seiner Berufskollegen, lassen sie ihm freie Hand, so muß er dieses Vertrauen durch doppelte Vorsicht, durch erhöhtes Taktgefühl rechtfertigen.“

Schon aus dieser Stichprobe ist ersichtlich, mit welchem Ernst der Verfasser seine Aufgabe behandelt hat. Das Buch enthält in etwa 40 Absätzen wertvolle Ratschläge über die Abfassung von Versammlungsprotokollen und Berichten, gibt Winke über Zeitungstechnik, über Schwierigkeiten in der Berichterstattung, kurz, über alles, was ein guter Berichterstatte, der seiner Organisation und seinem Verbands dienen will, wissen muß. Wir können die Anschaffung warm empfehlen.

Ausland

Österreich.

Hand in Hand mit unseren Arbeitgebern und ohne „Politik“!

I.

„Es ist ja richtig, daß die Arbeiter durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen schon sehr viel erreicht haben; aber wir Gärtner können nicht so vorgehen, sonst richten wir ja unseren ganzen Stand zugrunde! Privatgärtner können doch nicht streiken, sonst geben die Herrschaften die Gärtnereien einfach auf, und wenn bei den Handelsgärtnern gestreikt wird, gehen viele kleinere Gärtnereien zugrunde; und dann werden nicht nur die dort beschäftigt gewesen Gehilfen, sondern auch die zugrunde gegangenen Handelsgärtner die Zahl der Arbeitsuchenden vermehren. — Wohin soll das bei der heute schon vorhandenen Überfüllung in unserm Beruf denn führen?“

Und wohin soll es führen, wenn die Gärtner mit dem Politisieren anfangen? Denn es ist ja nicht wahr, daß die Gewerkschaften unpolitisch sind; die Gewerkschaften sind weiter nichts wie sozialdemokratische Vereine. Ich halte aber gar nichts auf die politischen Parteien, ob sie sich nun so oder so nennen; die helfen uns alle miteinander nicht; die treiben nur Verhetzung, und von dieser Verhetzung leben sie. In der Öffentlichkeit bekämpfen sich die Führer, privat sind sie aber die besten Freunde. Die ganze Politik ist ein Schwindel, auf den ein vernünftiger Mensch nicht hineinfällt; denn die Regierung macht ja schließlich doch, was sie will. — Uns Gärtnern kann nur geholfen werden, wenn wir bei der Regierung gut angeschrieben sind, damit wir ein Gesetz bekommen, das uns die Pfluscher und die ausländische Konkurrenz vom Halse schafft, ferner ein Gesetz, das unser Dienstverhältnis regelt. Außerdem brauchen wir eine gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung.

rung und eine Altersversorgung. — Wenn wir Gärtner aber Politik treiben, uns in verschiedenen politischen Parteien gegenseitig bekämpfen, können wir nichts erreichen; denn, was wir vor allem brauchen, ist Einigkeit. — Wir Gärtner dürfen aber auch deshalb schon keine Politik treiben, weil wir doch bei Wahlen nicht etwa gegen unsere eigenen Arbeitgeber auftreten können; denn es ist selbstverständlich, daß diese sich das nicht gefallen lassen würden.

Darum bleibt uns vom Halse mit euren Hetzereien. Der Gärtnerheruf ist eben grundverschieden von allen anderen Berufen, und darum müssen wir auch anders arbeiten in der Organisation.

Wir dürfen nicht gegen unsere Arbeitgeber auftreten, sondern können nur im Einvernehmen mit ihnen unsere Lage verbessern.

Wenn unsere Arbeitgeber sehen, daß wir nicht gegen sie auftreten, werden sie auch so viel Einsicht haben, unsere berechtigten Wünsche zu erfüllen."

So und ähnlich sind die Einwände beschaffen, die von vielen noch abseits stehenden Kollegen gegen eine freigewerkschaftliche Gärtnerorganisation erhoben werden. Diesen Einwänden gegenüber wollen wir einmal ganz leidenschaftslos untersuchen, wodurch sich eigentlich eine gewerkschaftliche Organisation von den sogenannten Harmonievereinen (Vereine, die unsere Lage im Einvernehmen mit den Dienstgebern bessern wollen), unterscheidet.

Fragen wir uns zunächst: Warum werden wir so schlecht bezahlt? Vielleicht, weil unsere Arbeitgeber nicht mehr zahlen können? Oder etwa deshalb, weil sie nicht begreifen, daß man mit solchem „Gehalt“ nicht menschenwürdig leben kann?

Was die Zahlungsfähigkeit anbelangt, so brauchen wir nur einmal betrachten, welchen Aufwand so viele unserer Arbeitgeber in anderer Hinsicht treiben, um ohne weiteres zu begreifen, daß eine auskömmliche Bezahlung (der Privatgärtner, Gehilfen, Gartenarbeiter) ihnen nicht die geringsten Schwierigkeiten machen würde. Und mit dem Hinweis auf eben diesen Aufwand ist auch die zweite Frage beantwortet. Wem aber diese Antwort nicht genügt, der versuche es doch einmal, seinem Arbeitgeber zuzumuten, er (der Arbeitgeber) möge doch einmal **nur einige Monate** hindurch mit dem Einkommen seines Privatgärtners, Gehilfen oder Gartenarbeiters seinen Lebensunterhalt bestreiten. Wir fürchten sehr, daß die Antwort des Arbeitgebers nicht allzu höflich ausfallen wird.

Wir sehen also: Die Arbeitgeber könnten in der Regel ganz leicht mehr zahlen, und sie wissen ganz gut, daß ein Mensch mit dem von ihnen gezahlten Arbeitslohn bei der heutigen Teuerung sich kaum das Notwendigste schaffen kann. — Wohl gibt es auch hier Ausnahmen. Das sind in erster Linie die ganz kleinen Handlungsgärtner, die nicht mehr zahlen können, und zweitens jene wirklich einsichtsvollen Arbeitgeber, die ihre Gärtner den heutigen Verhältnissen entsprechend bezahlen. Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. — Und die Regel ist in unserem Falle, daß die Arbeitgeber einfach nicht mehr zahlen wollen, daß die „Einsicht“ der Arbeitgeber, an welche die Harmonievereine appellieren wollen, einfach nicht vorhanden ist.

Diese Einsichtslosigkeit finden wir aber nicht nur bezüglich des Arbeitslohnes; schlechte Wohnungen, schlechte Kost, schlechte Behandlung, unvernünftige und maßlose Anforderungen an den Arbeitnehmer, mag er nun Privatgärtner, Gehilfe oder Arbeiter sein, entspringen eben dieser Einsichtslosigkeit.

Diese Einsichtslosigkeit bekommen wir zu kosten, wenn wir krank werden, wenn uns ein Unfall im Betriebe zustoßt, und endlich und am bittersten, wenn wir alt und arbeitsunfähig werden!

Wer von uns hätte diese Einsichtslosigkeit der Arbeitgeber nicht schon am eigenen Leibe verspürt? **Wer von uns ist so glücklich, sagen zu können, daß er in allen oder wenigstens in den meisten seiner Stellungen mit einsichtsvollen Arbeitgebern zu tun hatte?** Wir können ruhig antworten: **Niemand!** Selbst die wenigen Glücklichen, die heute sogenannte „gute“ Stellen bekleiden, werden von ihren früheren Stellungen her über die Einsichtslosigkeit ihrer damaligen Arbeitgeber berichten können, sowie darüber, wie schwer es ist, eine auch nur einigermaßen gute Stelle zu finden. Und darum klammert sich jeder Kollege, der eine „gute“ Stelle hat, an diese Stelle auch dann noch, wenn die ursprünglich vorhanden gewesene „Einsicht“ seines Arbeitgebers zu schwinden beginnt, — ein Fall, der sich sehr häufig ereignet. Merkwürdiger Weise beginnt die „Einsicht“ des Arbeitgebers gewöhnlich zu derselben Zeit zu schwinden, wo die Arbeitsfähigkeit des betreffenden Kollegen infolge von Krankheit oder Alter nachzulassen beginnt.

Was wir an Entbehrungen, an Unrecht und Erniedrigung leiden, legt Zeugnis ab von der Einsichtslosigkeit unserer Arbeitgeber. — Gewiß ist es richtig, daß sehr viele Kollegen die Stellen selber verderben. Aber fragen wir uns doch

einmal, wodurch das „Stellenverderben“ erst ermöglicht wird.

Nehmen wir an, es sei irgend eine Stelle zu besetzen; es melden sich eine ganze Reihe von Bewerbern, die sich in ihren Lohnansprüchen gegenseitig unterbieten. Was geschieht nun? Gewöhnlich wird der „Billigste“ aufgenommen.

Oder es ist eine Privatgärtnerstelle, und von den verheirateten Bewerbern bieten einige auch ihre Frauen der „Herrschaft“ zur Arbeit an — ohne Entschädigung natürlich. Was wird in diesem Falle die Folge sein? Einfach die, daß von nun an auch die Frau mitarbeiten muß.

Wären aber derartige Stellenverderberelen möglich, wenn die Arbeitgeber resp. „Herrschaften“ die berühmte „Einsicht“ hätten? Wahrhaftig einsichtsvolle Arbeitgeber würden in solchen Fällen sagen: „Ich verlange von dem Menschen Kenntnisse und treue Pflichterfüllung. Ich bin vermögend genug, ihn anständig zu bezahlen. Von dem Lohn, den er beansprucht, kann er sich und seine Familie nicht ordentlich nähren, kann er sich nicht die notwendige Kleidung schaffen, kann er seinen Kindern keine ordentliche Bildung angeeignen lassen, ganz abgesehen davon, daß er als Mensch auch noch höhere Bedürfnisse hat. Seine Frau hat in ihrer eigenen Häuslichkeit Arbeit genug, und ich kann mir ganz leicht eine Bedienerin oder ein Dienstmädchen mehr halten. Der Gärtner oder Gehilfe oder Gartenarbeiter ist genau so ein Mensch wie ich, und darum darf ich seine Zwangslage nicht in dieser Weise ausnützen. Das gebietet mir die Menschlichkeit.“

Selbst unter den unverbesserlichsten Harmonieduslern werden nicht viele sein, die etwa die Behauptung wagen würden, daß Dienstgeber, die so denken und danach handeln, allzuhäufig anzutreffen sind. Die Wahrheit ist eben, daß die Arbeitgeber mitunter ganz unbewußt — den Arbeitnehmer nicht als Persönlichkeit werten, daß sie es meistens gar nicht versuchen, ihm auch menschlich näher zu kommen. Denn nicht als Mensch dem Menschen tritt heute der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber. Der Arbeitnehmer ist einfach eine Sache, die man sich anschafft, wenn man sich's leisten kann; seine Arbeitskraft ist eine Ware, die man in der Regel so billig wie möglich zu bekommen trachtet.

Wenn wir die Verhältnisse betrachten, wie sie sind, so müssen wir zu der Schlußfolgerung kommen, daß im allgemeinen die Einsicht unserer Arbeitgeber nur in den Köpfen jener Kollegen existiert, die heute noch von uns abseits stehen. — Wie die „Einsicht“ unserer „hohen Obrigkeit“ beschaffen ist, wollen wir in einem zweiten Artikel betrachten.

F. W.

Rundschau

Der deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1913. Der Landarbeiterverband hatte am Schlusse des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes der Gegner des Verbandes. Die Bekämpfung des Verbandes wurde in zwei Konferenzen im preuß. Abgeordnetenhaus im Beisein der preußischen Regierung, von Vertretern des preußischen Landes-Ökonomie-Kollegiums, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, des Deutschen Kriegerbundes und einer Reihe weiterer arbeiterfeindlicher Vereine eingeleitet. Der Bund der Landwirte hat dann eine Beobachtungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, jede irgendwie bemerkbare Tätigkeit des Verbandes, vor allem die Zeitung, zu überwachen und gegebenenfalls sofort die geeigneten Schritte einzuleiten. Die Organisation der Landarbeiter hat sich jedoch in den seither agitatorisch bearbeiteten Gebieten so fest eingelebt, daß trotz der vereinigten Gegner oder vielleicht gerade deshalb ein weiteres Ansteigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Ein weiterer Umstand, der da und dort vielleicht als ein großes Hemnis der weiteren Ausbreitung sich entgegenstellen konnte, war die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Beseitigung des niedrigsten Monatsbeitrages von 30 Pfg. Der in einigen Orten hierauf zurückzuführende Rückgang ist wieder ausgeglichen worden.

Die Mitgliederzahl stieg von 18 157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 884 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 82 947 Mk. im Jahre 1912 auf 100 995 Mk. im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figuriert für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12 029 Mk., im Jahre 1913 die Summe von 20 373 Mk. Der Rechtsschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtskosten 3880 Mk. im Jahre 1912 und 7040 Mk. im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurde 1912 ausgegeben 10 970 Mk. und 1913 der Betrag von 12 516 Mk. Erheblich sind die Summen, die von den Ortskassen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beiträge für Sterbegeld, Maßregelungsunterstützung und für Lohnbewegungen.

Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die

meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeitseinstellungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtsschutz, erforderte in den Jahren 1912—13 ein Eingreifen in 1366 Fällen. Davon entfielen auf Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis 917, Strafsachen 111, Unfallversicherung 141, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung 86, Krankenversicherung 41 und andere Rechtsgebiete 70 Fälle. Voller Rechtsschutz mit Übernahme der Kosten und freier Durchführung des Prozesses erfolgte in 832 Fällen, während in 534 Fällen nur Rechtsauskunft erteilt wurde. Mit Erfolg wurden Rechtsfälle in Arbeitsstreitigkeiten 264 durchgeführt, ohne Erfolg endeten 182 Fälle. In Strafsachen endeten mit Erfolg 8 Fälle, ohne Erfolg 23. In der Arbeiterversicherung endeten mit Erfolg 33 Fälle, ohne Erfolg 34, während in 56 Fällen wegen Aussichtslosigkeit eine Zurücknahme des Rekurses vor dem Reichsversicherungsamt erfolgen mußte. An barem Geld wurde der Betrag von insgesamt 6562 Mk. erstritten, und zwar entweder durch Klage oder im Vergleichswege. In einer Reihe weiterer Fälle wurden Deputate, die Ausfolgung von Zeugnissen usw. erreicht. Von den erfolgreich durchgeführten Arbeitsstreitigkeiten waren 132 bei Gericht anhängig, während 114 durch schriftliche Verhandlung mit dem Unternehmer zum Erfolg geführt werden konnten. In allen bei Gericht durchgeführten Prozessen war stets ein Rechtsanwalt als Vertreter des klagenden oder beklagten Mitgliedes tätig.

Die unter den ungünstigsten Umständen erreichte Steigerung des Mitgliederbestandes ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflußreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden.

Die „Volksfürsorge“ als treibende Kraft. Die Reform der Volksversicherung, wie sie von den deutschen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften durch Gründung und Betrieb der „Volksfürsorge“ in die Wege geleitet wurde, erweist sich mehr und mehr als eine immer neue Verbesserungen zeitigende soziale Tat. Die nächste Folge war, daß die Furcht vor der Konkurrenz der Volksfürsorge und deren Eindringen auch auf dem Lande zwei Gesellschaften ins Leben rief, die beide von vornherein die Dividende der Aktionäre auf 4% festsetzten, die Tantiemen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beseitigten, den Verfall von Versicherungen erschwerten und durch Organisationsmaßregeln die Verwaltungskosten zu ermäßigen suchten. Daß sich 30 Privatgesellschaften, die in allen diesen Punkten früher zu keinerlei Konzessionen bereit waren, bei der von ihr gegründeten Deutschen Volksversicherung A.-G. sofort zu solchen Beschränkungen ihres Profits herbeiließen, rechtfertigt mehr als alle anderen Erscheinungen das Vorgehen der Gewerkschaften. Diese zu Gunsten der Versicherten wirkenden Reformen wirkten aber weiter. Selbst die „Victoria“ beschloß schon 1913, daß sie von 1914 ab aus dem Volksversicherungsgeschäft keine Tantiemen mehr bezahle und die heurige Generalversammlung des „Nordstern“ beschloß, die Tantiemen des Aufsichtsrats auf 4% ein für allemal zu beschränken. Es ist sicher, daß, wenn die Gewerkschaften auch ferner ihre Werbearbeit fortsetzen und der Volksfürsorge alle Versicherungslustigen zuführen, sowohl in privaten wie die sogenannten „gemeinnützigen“ Gesellschaften gezwungen werden, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Versicherten von Grund aus zu ändern. Wenn seither die Volksversicherung lediglich betrieben wurde zur Förderung der Interessen der Versicherungsgesellschaften, so muß durch die stete Stärkung der Volksfürsorge immer mehr dahin gewirkt werden, daß bei der Volksversicherung das Interesse der Versicherten in erster Linie Rücksicht findet. Diesem Grundsatz will und hat die Volksfürsorge Geltung verschafft, und das macht sie zur richtigen Versicherungsgesellschaft des arbeitenden Volkes!

Gewerkschaften und Produktivgenossenschaften. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands warnte vor nicht langer Zeit nachdrücklich davor, Sammlungen zu genossenschaftlichen Zwecken zu veranstalten. Die Beschaffung von Mitteln zur Gründung oder Sanierung von Produktivgenossenschaften gehöre, wie die Generalkommission sagte, nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaftskartelle. Die Gründung von Produktivgenossenschaften solle überhaupt nur unter Beachtung der von dem Dresdener Gewerkschaftskongreß genehmigten, zwischen der Generalkommission und dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine über die Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften erfolgen. Daß diese Warnung sehr am Platze war und ist, zeigen dann und wann Vorkommnisse auf das deutlichste. Trotz der Warnung der beteiligten Zentralinstanzen und trotz aller Beschlüsse werden hier und da unüberlegte und zweckwidrige Gründungen nicht vermieden. So erlebte Hamburg vor ungefähr anderthalb Jahren die Gründung einer Produktivgenossenschaft der Schlächtergesellen. Jetzt be-

richtet das Amtsorgan, daß über das Vermögen der Produktivgenossenschaft „Vorwärts“ der Schlächtereiarbeiter das Konkursverfahren eröffnet ist. Damit ist eingetreten, was eigentlich schon bei der Gründung für jeden Sachkundigen feststand. Die Beteiligten, die allen Vernunftgründen zuwider zu der überflüssigen und von vornherein verfehlten Gründung geschritten sind, werden nunmehr die schmerzlichen Folgen ihrer Kurzsichtigkeit, die Mißachtung wohlwogener genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Grundsätze zu tragen haben. Die Beachtung der Warnung der Generalkommission hätte auch hier das Unheil verhütet.

Gewerkschaftsführer und Rittergutsbesitzer. Unter allen Anzeichen tiefer Empörung drückt die bürgerliche Presse den Brief des Ortsleiters der Breslauer Metallarbeiter an einen Gastwirt ab, den die „Schlesische Zeitung“ ausgegraben hat. Der Gastwirt veranlaßte nämlich seinen Sohn, als Streikbrecher in die Linke-Hofmann-Werke zu gehen, deren organisierte Arbeiter seit zwanzig Wochen ausgesperrt sind. Der Ortsleiter teilte diese Tatsache dem Gastwirt mit und knüpfte daran folgende Bemerkung:

„Wir ersuchen Sie, uns binnen 24 Stunden mitteilen zu wollen, ob Ihr Sohn die Arbeit sofort wieder einstellen will. Sollten wir bis Montag früh keine Antwort erhalten, dann müssen wir annehmen, daß Sie sowie Ihr Sohn mit den organisierten Arbeitern nichts zu tun haben wollen.“

Achtungsvoll Philipp.“

Daran wird nun das übliche Geweimer geknüpft über den unerträglichen Terror der Sozialdemokraten und den hilflosen Staat, der die „ehrlichen Arbeiter“ vor solcher dunkel angedeuteten Verurteilung nicht schützen kann.

Als Gegenstück dazu kann nun die Breslauer „Volkswacht“ folgenden Brief eines konservativen Rittergutsbesitzers im Kreise Heydebrands an einen sozialdemokratischen Arbeiter in Breslau abdrucken:

„Rittergut Pollentschine (Kreis Trebnitz).

An den Arbeiter in Breslau.

Es ist zu meinen Ohren gekommen, daß durch Sie in Pollentschine sozialdemokratische Kalender vertrieben werden. Im Interesse Ihrer alten Mutter und Ihres Bruders und im Andenken an Ihren verstorbenen ehrenwerten und durch und durch treu und königlich gesinnt gewesenen Vater bitte ich Sie hiermit, keine Agitation weiter in unser Land zu tragen! Höre ich dennoch wieder davon, so ist für die Familie hier unter meinen Leuten kein Platz mehr.

F. Hankohl, Rittergutsbesitzer.“

Der Brief ist zwar auch höflich, aber viel deutlicher als jener des Metallarbeiters. Bekanntlich ist die Verbreitung von Druckschriften ebenfalls ein staatlich zugesichertes Bürgerrecht. Übt es der Arbeiter in seiner Heimat aus, dann wird seine betagte Mutter, die mit dem Vater jahrelang dem „gnädigen Herrn“ gedient hat, rücksichtslos auf die Straße geworfen! Und der Bruder fliegt hinterdrein!

Vielleicht greift die konservative Presse auch diesen krassen Fall von Terrorismus auf und verlangt vom Staat, daß er die Rechte seiner Bürger gegen solche konservativen Zwangsmaßnahmen schützt.

Bekanntmachungen

In jeder Mitgliederversammlung vorlesen!

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenufer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postcheckkonto: Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders (Name, Ort, Straße und Hausnummer).

Diese Woche ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Hauptverwaltung

Quittung der Hauptkasse für die Zeit vom 8. bis 15. Juni:

Tellzahlungen für das II. Vierteljahr: Weimar 40, Danzig 50, Breslau 60, Nürnberg 35, Köln 110, Hannover 150, Aachen 30, Solingen 100, Halle a. S. 100, Braunschweig 100, Bremen 100, Remscheid 50, Barmen 200, Jena 20, Reutlingen 20 Mk.

Alb. Lehmann.

An die Kassierer der Ortsverwaltungen.

Vierteljahrsschluß naht. Die bis zur Abrechnung etwa noch benötigten Wertzeichen, wie Marken, Mitgliedskarten usw. sind baldigst, bis spätestens Montag, den 29. Juni, zu bestellen. Am 30. werden die Konten abgeschlossen, und erfolgen dann bis zum Eingang der Abrechnungen keine Lieferungen von Wertzeichen mehr.

Auszahlung von Unterstützungen.

Die Auszahlung der statutarischen Arbeitslosen-, Kranken- und Reise-Unterstützungen darf nur an solche Kollegen erfolgen, die im Besitz einer Arbeitslosen- oder Kranken-Kontrollkarte oder eines durch die Hauptverwaltung ausgestellten Reise-

blocks sind. Alle ohne obige Anweisungen gezahlten Unterstützungen werden als solche aus Mitteln der Ortskassen gegebene betrachtet und sind von den Ortskassen zu tragen.

— Adresse des Kollegen **Karl Bausemer**, Anfang dieses Jahres im Rheinland, gesucht. Mitteilungen erbittet **Heinr. Willkomm**, Zehlendorf-Berlin, Berlinerstr. 47.

Hamburger Gärtnertag!

Am Sonntag, den 5. Juli, findet in Hamburg ein **Gärtnertag des Gaues Hamburg** statt. — Als Programm ist vorgesehen:

Sonntag, den 5. Juli, morgens, Begrüßung der auswärtigen Kollegen im Gewerkschaftshaus. Von 10 Uhr vormittags bis etwa 4 Uhr nachmittags: Besichtigung der Altonaer Gartenbauausstellung. — Mittagessen im Gewerkschaftshaus. — Von 5 bis 7½ Uhr: Besichtigung des Elbtunnels und Hafenrundfahrt. — Abends 8 Uhr: Im Musiksaal des Gewerkschaftshauses: Gemeinsame Versammlung und Kommers. Festrede: Koll. **Walter Kwasnik**-Berlin; Konzert, Überraschungen und Tanzkränzchen.

Montag, den 6. Juli, morgens, Besichtigung der Stadt, Alster, Rathaus, Börse usw.; mittags: Hagenbecks Tierpark in Stellingen, Ohlsdorfer Friedhof.

Die Altonaer Gartenbauausstellung ist außerordentlich sehenswert. Jeder Kollege, der die Mittel hierzu erübrigen kann, sollte die Gelegenheit benutzen, sein fachliches Wissen zu bereichern.

Die Hamburger Kollegen werden nach Möglichkeit bemüht sein, den auswärtigen Kollegen das Hiersein so angenehm wie möglich zu gestalten.

Wir hoffen recht viele unserer Kollegen aus unseren Zweigvereinen und den benachbarten Gauen hier als Gäste begrüßen zu können.

Die Gauleitung

und der Vorstand der Ortsverwaltung Hamburg.

Übersicht der Eisenbahnverbindungen und -Fahrzeiten in Nr. 24 d. Ztg.

Gaue und Ortsverwaltungen

Duisburg. Bücherkontrolle. Sämtliche Mitgliedsbücher und -Karten werden ab 26. Juni durch die Kassierer eingezogen.

Hamburg. Wer weiß den Aufenthalt des Kollegen **Fritz Becker**, Buchn. 65 457, geb. 25. 4. 1895, eingetreten am 2. 12. 12 in Hamburg, zuletzt in Gr.-Borstel bei Hamburg. Nachricht umgehend erbeten an **Klus**, Hamburg I, Besenbinderhof 57, III, Z. 26.

Nachricht über den Aufenthalt des Kollegen **Auzust v. Ahlem**, eingetreten 28. 4. 14. in Homburg, wünscht Kollege **H. Schmidt**, Hamburg, Barteltstr. 72, Hs. 3, I, r.

Lüdenscheid. Adresse des Vertrauensmannes: **Ernst Jesch**, Domgasse 4, I. Sprechzeit abends 7—9; Vereinslokal: „Salamander“, Hochstr.

Wiesbaden. Sonntag, den 5. Juli, werden sämtliche Mitgliedsbücher und -Karten eingezogen. Wir bitten, durch Bereithalten der Bücher die Arbeit den Unterkassierern zu erleichtern.

Vereinsfestlichkeiten.

Dortmund. Sonntag, den 28. Juni 1914: **Großes Rosenfest** im Restaurant **Wiemer**, Bürgerhalle, Kaiserstr. 29. Anfang abends 6 Uhr.

Verband der Gärtner Österreichs

Alle Sendungen sind zu richten: Wien IX./4. Nußdorferstraße 26-28.

Sprechstunden u. Stellennachweis im Verbandslokal (Eingang um die Ecke, Bindergasse 2): Jeden Dienstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 7 bis 10 Uhr; jeden Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr; alle übrigen Wochentage, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Die Sprechstunde am Donnerstag Abend fällt von nun an weg.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.

Abrechnung der Hauptkasse für das I. Vierteljahr 1914.

Einnahmen.

An Eintrittsgeldern	145,70 Mk.
„ Beiträgen	30 495,42 „
„ Zuschüssen von den Ortsverwaltungen zurück	5 379,19 „
„ Inseraten	1 043,50 „
„ Bezugsgeldern	444,59 „
„ Verlag	824,88 „
„ Buchtaschen	66,90 „
„ Zinsen	1313,10 „
„ Verschiedenes	161,36 „
Zusammen	39 874,64 Mk.

Ausgaben.

Für Zeitung und Bildungswesen:		
Zeitung	3 884,18 Mk.	
Fachblatt	1 898,91 „	
Bibliothek usw.	65,05 „	5 848,14 Mk.
„ Unterstützungen:		
Arbeitslosen-Unterstützung	8 941,— Mk.	
Reise-Unterstützung	382,50 „	
Kranken-Unterstützung	2 763,55 „	
Umzugs-Unterstützung	226,80 „	
Not-Unterstützung	319,10 „	
Maßregelungs-Unterstützung	165,30 „	
Sterbegeld	37,50 „	
Rechtsschutz	427,45 „	13 203,20 Mk.
„ Hauptverwaltung:		
Gehälter	2 052,— Mk.	
Haushalt	322,90 „	
Porto und Fernsprecher	360,41 „	
Verschiedenes	41,88 „	2 777,19 Mk.
„ Ortsverwaltungen:		
Zuschüsse	6 227,29 Mk.	
Zinsen und Guthaben	183,19 „	
Verschiedenes	98,72 „	6 509,20 Mk.
„ die Gaue		6 389,49 Mk.
„ Agitation		2 780,56 „
„ Arbeitskämpfe		226,16 „
„ Arbeitsnachweis		649,06 „
„ Konferenzen und Sitzungen		212,70 „
„ Büromaterial		67,60 „
„ Drucksachen		347,70 „
„ Buchtaschen		240,— „
„ Verlag		1 063,— „
„ Beitrag a. d. Generalkommission		612,52 „
„ Unfallversicherung		209,90 „
„ Sonstige Versicherungsbeiträge		523,99 „
Zusammen		41 660,41 Mk.

Abschluß.

Bestand am Schlusse des 4. Vierteljahres 1913	54 585,59 Mk.
Einnahmen im I. Vierteljahr 1914	39 874,64 „
Zusammen	94 460,23 Mk.
Ausgaben im I. Vierteljahr 1914	41 660,41 „
Bestand am Schlusse des 1. Vierteljahres	52 799,82 Mk.

Berlin, den 13. Juni 1914.

Albert Lehmann, Kassierer.

Georg Thull, 2. Vorsitzender.

Geprüft und für richtig befunden:

Die Revisoren: **Albert Fahldieck**, **Eduard Hübener**.

Briefwechsel der Schriftleitung.

Gärtnerei-Fachblatt. In der letzten Zeit sind mehrfach Manuskripte, die für das Gärtnerei-Fachblatt bestimmt waren, an die Firma **Josef Wichterich** gesandt worden. Das beruht auf einer Verkenntung der Dinge. Die Firma **Josef Wichterich** hat ausschließlich mit dem Anzeigenteil zu tun, während der textliche Teil in der Geschäftsstelle des A. D. G. V., Berlin, Luisenufer 1, bearbeitet wird. Wir bitten alle Mitarbeiter, dies beachten zu wollen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die dazu befähigten Kollegen auch ermuntern, uns in der textlichen Ausstattung des G.-F. möglichst unterstützen zu wollen durch Einsendung von fachlichen Artikeln, kleinen Mitteilungen und Fragebeantwortungen. Auch gute photographische Aufnahmen und Zeichnungen, die sich zur Wiedergabe eignen, sind uns willkommen. Die tägliche Praxis gibt so viele Anregungen auf allen Gebieten der Gärtnerei, daß eigentlich kaum jemand verlegen sein kann, wo er Stoffe suchen soll.

Hat nicht jemand Lust, sich besonders des Gebietes der neueren Gartengestaltung und der neuzeitlichen Friedhofskunst anzunehmen?

Es wäre auch wünschenswert, im Gärtnerei-Fachblatt über dort erörterte Fragen einen regeren Meinungsaustausch zu pflegen.

Wir bitten, unsere obigen Anregungen zu beachten.

Um einen früheren Versand unserer Zeitung zu ermöglichen, mußten wir uns entschließen, für die Folge als letzten Tag für Annahme von Berichten schon den Montag festzusetzen. Dies gilt auch für alle Bekanntmachungen.

Wir bitten dringend, dies zu beachten.